



Antrag

Vorlage: AT/0022/2018		Datum: 28.02.2018	
Verfasser:	08-AfD-Ratsfraktion	Az.:	
Betreff:			
Antrag der AfD-Ratsfraktion: Wehret den Anfängen! Islamistischen Extremismus und Salafismus auch kommunal bekämpfen, Hasspredigern die rote Karte zeigen!			
Gremienweg:			
15.03.2018	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		ohne BE abgesetzt geändert
	öffentlich		

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Stadtrat verurteilt die Propaganda-Tätigkeit von Hasspredigern, die der „Abu Bakr“-Moscheegemeinde (Lützel) bzw. dem „Verein der islamischen Kultur Koblenz e.V.“ zuzuordnen sind und fordert die Moscheegemeinde auf, Hasspredigern kein Forum zu bieten.
2. Der Stadtrat fordert die „Abu Bakr“-Moschee bzw. den „Verein der islamischen Kultur Koblenz e.V.“ auf, sich von Personen zu trennen, die ein extremistisches Weltbild vertreten und es propagieren.
3. Der Stadtrat fordert den Stadtvorstand auf, rückhaltlos aufzuklären und zu dokumentieren, welche Hinweise die Stadt in der Vergangenheit erhalten hat, die auf islamistisch-extremistische Aktivitäten (Vorträge, Predigten, Vernetzungen) und Bestrebungen in der „Abu Bakr“-Moschee hindeuten.
4. Der Stadtrat fordert den Stadtvorstand dazu auf aufzuklären, welche Konsequenzen und Aktivitäten aus bisherigen Hinweisen resultierten.
5. Der Stadtrat fordert den Stadtvorstand auf zu prüfen, welche Konsequenzen die Stadt angesichts der aktuellen Situation ziehen muss, um eine Radikalisierung muslimischer Asylbewerber zu verhindern.

6. Der Stadtrat fordert den Beirat für Migration und Integration auf, die Entwicklungen in der „Abu Bakr“-Moschee öffentlich zu thematisieren.
7. Der Stadtrat fordert den Stadtvorstand auf, die Verantwortlichen für die Betreuung von Asylbewerbern für Anzeichen einer möglichen Radikalisierung zu sensibilisieren und sie dazu anzuhalten, den Sicherheitsbehörden über entsprechende Anzeichen und Vorfälle umgehend zu berichten.

Begründung:

Im Jahr 2017 wurde bekannt, dass der salafistische Hassprediger Abul Baraa mindestens zweimal in einer Moscheegemeinde in Bendorf aufgetreten war. Auf eine Anfrage der AfD-Landtagsfraktion antwortete die Landesregierung damals: „Der Auftritt des Berliner Predigers AbuI Baraa verdeutlicht die netzwerkartigen Verflechtungen, die innerhalb der salafistischen Szene in Deutschland und somit auch nach Rheinland-Pfalz bestehen“ (Drs. 17/3231). Nun wurde vor wenigen Tagen bekannt, dass die Abu Bakr-Moschee in Koblenz-Lützel vom Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz beobachtet wird. In einem Freitagsgebet aus dem Jahr 2015 heißt es unter anderem: "Siegen ist die höchste Stufe (...), also müssen wir dafür sorgen, dass Allah siegreich wird, damit wir auch irgendwann mal siegen". Die Islamismus-Expertin Prof. Susanne Schröter stuft dies als Hasspredigt ein. Darüber hinaus bestehen nach SWR-Angaben „klare Bezüge“ zum Salafismus und Verbindungen zur Muslimbruderschaft. Diese Fakten verdeutlichen einmal mehr die Existenz einer salafistischen bzw. islamistischen Szene in Rheinland-Pfalz und insbesondere in Koblenz. Der Stadtrat muss diesbezüglich ein politisches Signal aussenden.

Die AfD-Ratsfraktion

Joachim Paul, Stellvertretender Vorsitzender, MdL